

## »Selbst wenn...«

**Aboubakari Razakou ist Mitglied von Afrique-Europe-Interact und lebt in Sokodé im Zentrum Togos, wo er mit Migrant:innen und Frauenkollektiven zusammenarbeitet. Im Januar 2024 wird er für mehrere Veranstaltungen nach Deutschland und Österreich kommen (zu den Terminen → unsere Webseite).**

Migration ist ein natürliches Bedürfnis, wir können sie nicht verhindern. Der europäischen Mentalität der Abschottung widerspreche ich daher aufs schärfste. Denn die jungen Afrikaner:innen brauchen ihr Afrika mehr als Europa. Sie wollen vor allem, dass es ihnen zu Hause besser geht und sie glücklich leben können. Europa sollte also die zirkuläre Migration akzeptieren: Ich gehe nach Europa und lerne einen Beruf – ich komme zurück und lasse mich in Afrika nieder, um mir ein eigenes und gutes Leben aufzubauen. Die Politik der Abschreckung wird insofern nicht funktionieren. Junge Afrikaner:innen werden sich auf den Weg machen, selbst wenn alle staatlichen Leistungen auf null gesetzt werden, selbst wenn es kein Asyl mehr gibt, selbst wenn die Ankommenden nichts zu essen und keine Kleidung bekommen. Denn sie werden einen Job für vielleicht 50, 100 oder 200 Euro finden, auch dann, wenn sie in Europa illegalisiert sind. Und wenn sie pro Woche 100 oder 200 Euro haben, dann ist das in vier Wochen so viel Geld, dass ihre Familien vor Ort in Afrika sehr gut leben können. Kürzlich war ich auf einer Konferenz über Migration in Lomé. Ein Togolese aus der Diaspora hielt eine Moralpredigt und erklärte ausführlich, wie schwierig die Situation heute in Europa sei. Darauf antwortete ein junger Student: »Wenn die Lage dermaßen prekär ist, warum bist du dann noch dort? Ich bin bereit, deinen Platz in Italien einzunehmen«. Ein anderer Konferenzteilnehmer meinte: »Wir sollen uns anstrengen, um hier ein Unternehmen zu gründen. Das ist gut! Aber welche Mittel könnt ihr mir konkret zur Verfügung stellen, um mein Unternehmen zu entwickeln?« Genau das ist das Problem! Will Europa wirklich, dass sich die jungen Menschen nicht mehr auf den Weg machen, müssen den Worten Taten folgen. Aber stattdessen verhindert die europäische Politik der Abschottung mit Unterstützung durch unsere Machthaber, dass es den Menschen hier besser geht. ◀

**A**frique-Europe-Interact arbeitet fast ausschließlich ehrenamtlich. Der größte Teil unserer Spenden fließt in die Aktivitäten unserer Mitstreiter:innen in Mali, Niger, Tunesien, Guinea, Togo, Marokko und der DR Kongo. Unser Spenden-Motto lautet: Umverteilung praktisch angehen! → Seite 4



Seit 2014 schiebt Algerien massiv subsaharische Migrant:innen ohne reguläre Aufenthaltspapiere an die algerisch-nigrische Grenze mitten in der Wüste ab, allein 2022 über 24.000. Die Abgeschobenen werden sodann im Dorf Assamaka registriert, von wo sie nach Agadez weitertransportiert werden. [Foto: Mehdi Chebil, 2022]

## Zirkuläre Migration statt Abschottung

Die Erfahrungen im Transitland Niger zeigen, dass Migration nicht zu verhindern ist

**44 Prozent der Bevölkerung halten Zuwanderung für das derzeit wichtigste politische Problem – ein nicht nur auf Deutschland beschränkter Trend, der quer durch Europa zu immer neuen Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien führt. Aus Sicht von Afrique-Europe-Interact ist eine solche Problemdefinition zynisch und irreführend: Zynisch, weil die tatsächlichen Problemlagen vernebelt werden – beispielsweise dass weltweit 700 Mio. Menschen in extremer Armut leben, davon rund 60 Prozent in Afrika südlich der Sahara [→ S. 2]. Irreführend, weil Mobilität seit jeher zur Menschheitsgeschichte gehört und nur um den Preis massiver Menschenrechtsverletzungen erschwert, nicht jedoch gestoppt werden kann [→ nebenstehendes Interview].**

Wie fragwürdig der Versuch ist, menschliche Mobilität einzuschränken, lässt sich nicht zuletzt am Beispiel Nigers ablesen, wo Afrique-Europe-Interact mit dem Alarme Phone Sahara zusammenarbeitet, einem 2017 aus unserem Netzwerk hervorgegangenen Solidaritätsprojekt, dessen Hauptsitz in der Wüstenstadt Agadez liegt [→ S. 3]. Denn als wichtigstes Transitland für Migrant:innen (inklusive Geflüchteten) aus west- und zentralafrikanischen Ländern steht Niger bereits seit 2015 im Fokus europäischer Abschottungspolitik. Am bekanntesten dürfte das auf Druck der EU verabschiedete Anti-Migrationsgesetz 2015-36 sein, das offiziell Menschenhandel bekämpfen soll, de facto aber die bis 2015 völlig legalen Dienstleistungen für Migrant:innen kriminalisiert. Entsprechend sind seit Inkrafttreten des Gesetzes in der Region Agadez über 700 Menschen festgenommen, über 100 Fahrzeuge konfisziert und dutzende Migrant:innen-Unterkünfte – sogenannte Ghettos – polizeilich geschlossen worden. Und das mit drastischen, nur

auf den zweiten Blick erkennbaren Konsequenzen. Denn laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) waren 2022 mit knapp 329.000 Wüstenpassagen ähnlich viele Migrant:innen Richtung Norden unterwegs wie schon 2016. Das heißt: Die Migration als solche hat sich kaum verändert, echte Veränderungen haben sich vielmehr auf den Strecken ergeben. Sie sind länger, teurer und vor allem gefährlicher geworden: *Erstens*, weil es auf den unwegsamen Nebenpisten öfter zu Unfällen kommt, *zweitens*, weil bei Unfällen oder Pannen Hilfe länger auf sich warten lässt und *drittens*, weil Fahrer aus Angst vor Polizeipatrouillen Passagiere immer wieder aussetzen und sich selbst überlassen. Die IOM geht daher davon aus, dass allein zwischen 2015 und 2017 die Todeszahlen in der Wüste um mindestens 700 Prozent gestiegen sind, entsprechend glaubt das Alarme Phone Sahara dass in der Wüste jährlich Hunderte ums Leben kommen, womöglich auch mehr.

Nicht minder problematisch sind die sozialen Verwerfungen, insbesondere in der Region Agadez: 9.000 Gewerbetreibende haben ihre Existenzgrundlagen eingebüßt, viele können ihre häufig 10- bis 15-köpfigen Familien nicht mehr angemessen versorgen. Zudem sind der bis vor wenigen Jahren relativ unbekannt Drogenkonsum sowie Kleinkriminalität förmlich explodiert. Auch Wanderarbeiter:innen und Fernhändler:innen werden erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Viele sind auf unkomplizierte Grenzübertritte angewiesen, so wie es das Freizügigkeitsprotokoll der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) von 1979 eigentlich vorsieht. Doch das wurde mit dem neuen Anti-Migrationsge-

setz schlagartig schwieriger, jedenfalls zwischen Niger und seinen Nachbarländern.

Eine zweite Maßnahme nimmt ihren Ausgang von dem Umstand, dass Algerien seit 2014 mit Hochdruck all jene Migrant:innen aus Subsahara-Afrika nach Niger abschiebt, die über keinen regulären Aufenthaltstitel verfügen – darunter solche, die sich auf dem Weg Richtung Europa befanden. Allein 2022 waren davon 24.250 Menschen betroffen. Zum Vergleich: Deutschland hat im gleichen Jahr 12.945 Menschen ausgewiesen. Sämtliche Abschiebungen erfolgen nach Assamaka, einem mitten in der Wüste gelegenen Grenzort mit gerade mal 1.500 Einwohner:innen. Dabei ist bemerkenswert, dass nicht-nigrische Migrant:innen, die die große Mehrheit der Abgeschobenen ausmachen, bereits 15 Kilometer vorher an der algerisch-nigrischen Staatsgrenze – dem *Point Zero* – ausgesetzt werden und zu Fuß auf einer Wüstenpiste bei Temperaturen von 40 bis 50 Grad nach Assamaka laufen müssen. Dort angekommen, werden sie von der Polizei registriert und anschließend von der IOM sowie Menschenrechtsorganisationen solange notversorgt, bis sie nach mehreren Wochen – mitunter auch Monaten – via Arlit ins 450 Kilometer entfernte Agadez gebracht werden. Und in Agadez wiederum tritt die vornehmlich von EU-Ländern finanzierte IOM auf den Plan, um sogenannte *freiwillige Ausreisen* in die jeweiligen Herkunftsländer zu organisieren. So hat die IOM zwischen 2016 und 2022 knapp 80.000 Menschen aus Niger zurückgebracht, fast ausschließlich in westafrikanische Länder wie Guinea, Mali oder Gambia. Doch die Rede von der

freiwilligen Ausreise ist irreführend, denn faktisch stimmen die Menschen ihrem Rücktransport einzig deshalb zu, weil sie keine Hoffnung mehr haben, weil sie krank oder traumatisiert sind, weil sie nicht erneut Gewalt erleben möchten.

Das nigrische Beispiel zeigt, was passiert, wenn das europäische Grenzregime immer weiter ausgelagert wird (Stichwort: Externalisierung): Es kommen nicht weniger Migrant:innen, allenfalls wird ein zusätzlicher Anstieg verhindert. Vor allem aber gehen die zahlreichen Maßnahmen mit extrem negativen Konsequenzen einher – nicht nur für die Migrant:innen und ihre Angehörigen, sondern auch für Unbeteiligte, ja für ganze Gesellschaften. Das ist der Grund, weshalb sich Afrique-Europe-Interact für einen völligen Neuanfang in der Migrationspolitik ausspricht. Statt Abschottung fordern wir *erstens* sichere Fluchtwege, *zweitens* reguläre Einwanderungsmöglichkeiten und *drittens* echte Bekämpfung von Flucht- bzw. Migrationsursachen. Denn nur wenn die Menschen zwischen den beiden Kontinenten frei pendeln bzw. zirkulieren können, wird sich früher oder später ein beiderseitiger Interessenausgleich herstellen. Letzteres auch mit Blick auf den Umstand, dass Europa bereits jetzt wegen seiner demographischen Entwicklung auf mehrere hunderttausend zusätzliche Einwander:innen pro Jahr angewiesen ist.

Ende November wurde bekannt, dass die aus einem Putsch hervorgegangene Militärregierung Nigers [→ S. 2] das Anti-Migrationsgesetz 2015-36 ersatzlos aufgehoben hat. Es bleibt abzuwarten, was das konkret bedeuten wird, aber dass das Alarme Phone Sahara 2022 eine Klage gegen besagtes Gesetz vor dem ECOWAS-Gerichtshof in Abuja eingereicht hat, dürfte zu diesem Erfolg maßgeblich mit beigetragen haben. ◀

**Todeszahlen in der Wüste um 700 Prozent gestiegen**

# Niger unter Druck

## Bevölkerung verurteilt ECOWAS-Sanktionen

Als am 26.07.2023 in Niger Präsident Mohamed Bazoum von Militärs gestürzt wurde, reagierte die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS ungewohnt harsch. Ohne Verhandlungen mit den Putschisten abzuwarten, wurde eine militärische Intervention angedroht, zudem traten scharfe ökonomische Sanktionen in Kraft – beides mit erklärter Rückendeckung der EU.

Doch das Gebaren der ECOWAS erwies sich als Bumerang. Viele Menschen empfanden die Maßnahmen als illegitime, ja unerträgliche Grenzüberschreitung. Mit der Konsequenz, dass die Mehrheit der nigrischen Bevölkerung die Machtergreifung der Militärs unterstützte – einschließlich ihres konfrontativen Kurses gegenüber der einstigen Kolonialmacht Frankreich. Es war daher auch folgerichtig, dass die ECOWAS von ihrer Gewaltandrohung wieder abrückte, zumal das Szenario eines innerwestafrikanischen Krieges unkalkulierbare Risiken in sich barg, etwa die ungewollte Stärkung dschihadistischer Terrorgruppen.

Nicht abgerückt wurde hingegen von den ökonomischen Sanktionen – ungeachtet des Umstandes, dass sich diese von Anfang an als humanitäre Katastrophe entpuppten. Denn die Lage Nigers ist schon seit langem hochgradig prekär, auch wegen der Klimakrise, die im Sahel seit Ende der 1960er Jahre spürbar ist. Rund 80 Prozent der Bevölkerung leben in extremer Armut, also von weniger als 1,96 Euro pro Kopf und Tag. Ebenfalls 80 Prozent haben keinen Zugang zu Strom. Des Weiteren sind 3,3 Millionen Menschen von schwerwiegender Ernährungsunsicherheit betroffen, insbesondere im ländlichen Raum. Hinzu kommt eine ausgesprochen schwache Infrastruktur. So stehen in Niger 84 mal weniger Ärzt:innen pro 1.000 Einwohner:innen zur Verfügung als in Deutschland.

Umso unbegreiflicher erscheint es, dass die Sanktionen derart skrupellos umgesetzt werden, wozu auch gehört, dass zahlreiche internationale Organisationen und Länder ihre entwicklungspolitische Programme in Niger ganz oder teilweise eingestellt haben. Entsprechend haben die Militärs angekündigt, den zu 42 Prozent extern finanzierten Staatshaushalt um rund 40 Prozent reduzieren zu müssen. Medien berichten darüber hinaus, dass Medikamenten- und Nahrungsmittelvorräte langsam zu Neige gehen – laut Welternährungsprogramm könnten schon bald 7,3 Millionen Menschen auf Ernährungshilfe angewiesen sein. Zu all dem hat Nigeria, das 71 Prozent

des nigrischen Strombedarfs abdeckt, seine Stromexporte weitgehend eingestellt, was die fragile nigrische Wirtschaft einmal mehr extrem belastet.

Afrique-Europe-Interact lehnt zusammen mit den nigrischen Mitgliedern unseres Netzwerks die gegen Niger verhängten Sanktionen ab. Nicht nur wegen ihrer verheerenden humanitären Auswirkungen. Genauso wichtig ist, dass die Bevölkerung in Niger die Sanktionen keineswegs als solidarische Unterstützung gegen unerwünschte Putschisten empfindet, was ja die offizielle Begründung seitens des Auslands ist. Im Gegenteil: Die Menschen unterstützen die Putschisten mehrheitlich. Nicht, weil sie undemokratisch gesonnen wären, sondern weil sie das bisherige politische System als hochgradig korrupt, klientelistisch und ungerecht ablehnen (Stichwort: Fassadendemokratie). Doch genau dies wird in der westlichen Öffentlichkeit immer wieder ausgeblendet. So heißt es allenthalben, dass der gestürzte Präsident Bazoum durch demokratische Wahlen legitimiert worden sei. Das jedoch sieht die Bevölkerung anders: Bazoum sei als Innenminister unter seinem verhassten Vorgänger Mahamadou Issoufou rigoros gegen Oppositionelle vorgegangen, seine Wahl 2021 sei von zahlreichen Unregelmäßigkeiten überschattet worden und er habe nichts unternommen, die erdrückende Dominanz seiner sozialdemokratischen Partei PNDS zu reduzieren, die andere Parteien wahlweise durch Korruption und Postenvergabe ins Regierungslager eingebunden oder aber mit Repressionen marginalisiert habe. Kritisiert wurde zudem die prowestliche Haltung Bazoums, wozu die enge Kooperation mit ausländischen Militärs im Antiterrororkampf genauso gehörte wie die Umsetzung der von der EU verlangten restriktiven Migrationspolitik (→ S. 1) oder der Verkauf von Rohstoffen unter Wert, insbesondere Uran an die französische Atomindustrie.

Spätestens vor diesem Hintergrund dürfte verständlich werden, weshalb Afrique-Europe-Interact den Umstand kritisiert, dass auch Deutschland einige seiner entwicklungspolitischen Programme in Niger eingestellt und somit die von breiten Teilen der Bevölkerung mitgetragene Aufbruchstimmung buchstäblich abgestraft hat. Stattdessen fordern wir die Bundesregierung auf, das kritische Gespräch mit der ECOWAS zu suchen und die nigrische Übergangsregierung solidarisch – aber nicht distanzlos – bei ihrem demokratischen Neustart zu unterstützen. ◀

Die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft dauert 2 bis 3 Jahre. Dafür ist praktische Unterstützung nötig, auch durch internationale Solidarität.

## Erfolg in Anti-Landgrabbing-Kampf

Durch Landgrabbing haben im Juni 2010 die beiden Dörfer Sanamadougou und Sahu im Zentrum Malis ihre gesamten Acker- und Weideflächen an den malischen Investor Modibo Keita verloren – insgesamt über 800 Hektar. Seit 2014 begleiten wir als Afrique-Europe-Interact ihren Kampf zur Rückgewinnung des Landes. Einerseits, indem wir bis heute Demonstrationen, Pressekonferenzen und Vernetzungstreffen der Dörfer finanziell und logistisch unterstützten. Andererseits, indem wir einen Kredit über 16,8 Mio. Euro skandalisiert haben, den Modibo Keita von der Afrikanischen Entwicklungsbank erhalten hat, an der auch Deutschland mit 4,1% beteiligt ist.

Denn der Kredit galt dem Bau einer Nudelfabrik in Segou, während die Rohstoffe für diese Nudelfabrik von den geraubten Flächen stammten. Eine solche Verkettung hätte die Kreditvergabe aber stoppen müssen, wie die Afrikanische Entwicklungsbank in einem aufwändigen Prüfbüro festgestellt hat, bei dem unser Netzwerk im Namen der Dörfer als Beschwerdeführer fungierte. Umso glücklicher sind wir, dass in Mali erneute Untersuchungen gegen Modibo Keita angelaufen sind. Eine Rückgabe des Landes wäre ein großartiger Erfolg – bereits in der letzten Regenzeit haben etliche Haushalte auf ihren alten Flächen wieder Hirse angebaut!



Landkämpfe: Dorfversammlung in Sanamadougou/Mali (→ Infokasten), 2015 [Foto: David Brown]

## »Für die Erhaltung des Lebens«

### Alassane Dicko zu ökologischer Landwirtschaft als dritter Weg

Alassane Dicko gehört zu den Mitbegründer:innen von Afrique-Europe-Interact. Er war lange Pressesprecher der malischen Sektion unseres Netzwerks, zur Zeit ist er in der Elfenbeinküste.

**Du bist zurzeit in der Elfenbeinküste, um dich mit Unterstützung von Afrique-Europe-Interact am Aufbau einer ökologischen landwirtschaftlichen Kooperative zu beteiligen. Was macht ihr genau und was ist die Idee dahinter?**

Das war zunächst eine persönliche Initiative. Schon seit langem bin ich in Kontakt mit bäuerlichen Kollektiven in Europa, besonders über das Netzwerk Longo mai. 2022 habe ich Samen in meinem Gepäck mitgenommen, Tomaten, Auberginen, Chilis, Blumenkohl, Karotten, verschiedene Bohnensorten, ein bisschen von allem. Mit sechs Personen haben wir angefangen, Setzlinge zu züchten und auf einem Feld von etwa einem Hektar Biogemüse anzupflanzen – ganz ohne chemischen Dünger, Herbizide oder Pestizide. Die erste Ernte war vielversprechend. Vor allem für den persönlichen Verbrauch, wir haben aber auch Auberginen auf den Markt verkauft, um Aufklärungsarbeit zu leisten. Denn wenn die normale Aubergine 100 Franc kostet, wird es bei uns 150 Franc kosten, weil hier eine Extraarbeit dahinter steht.

**Mit eurem Projekt wollt ihr auch für eine andere Form von Landwirtschaft werben. Weshalb und wie reagieren die Bauern?**

Die Probleme sind offensichtlich. In meinem Dorf Mbato etwa 200 km nördlich von Abidjan befindet sich eine Pump- und Aufbereitungsstation für Wasser. Direkt daneben wird auf einem großen Feld Reis angebaut. Die Bauern verwenden dort allerlei chemische Produkte – und das schon seit über 10 Jahren. Die Bevölkerung berichtet, dass sich der Geschmack und die Qualität des Wassers verändert haben. Es gibt Gemüse, das die Frauen nicht mehr zubereiten. Besonders misstrauen sie Auberginen und Tomaten. Sie haben Angst, weil sie wissen, dass das Gemüse kontaminiert ist.

**Was sind die Auswirkungen auf die Gesundheit der Bewohner:innen?**

Laut einer Studie sind von den knapp 120 Chemikalien, die in der Elfenbeinküste auf den Feldern zirkulieren, mehr als 80 offiziell verboten. Sie werden in Europa, auch in Deutschland, hergestellt und gelangen über die Nachbarländer illegal ins Land. Die Bauern und Bäuerinnen kaufen sie trotzdem und die Verpackungen liegen überall herum. Entsprechend schwerwiegend sind die gesundheitlichen Schäden. In der lokalen Ge-

sundheitsstation wird berichtet, dass Fehlgeburten in den letzten 15 Jahren zugenommen haben – genauso wie die Zahl an Neugeborenen mit körperlichen Fehlbildungen. Die Männer, die auf den Feldern Chemikalien versprühen, machen das in der Regel ohne Schutz. Wenn sie dorthin gehen, wissen sie bereits, dass sie mit allerlei Krankheiten zurückkommen: Hautkrankheiten, steife Finger oder ein steifer Nacken, aber auch Kopfschmerzen und Schlaflosigkeit.

**Wann haben bäuerliche Haushalte angefangen, so viel Pestizide zu nutzen und warum? Sind sie denn bereit umzudenken?**

Das läuft schon seit 20 oder 30 Jahre so. Der Wohlstand der Elfenbeinküste basiert auf kommerzieller, industrieller Landwirtschaft. Selbst einfache Bauern und Bäuerinnen bauen Kaffee- und Kakao an, neben den grundlegenden Dingen wie Yamswurzeln und Kartoffeln. Die Menschen sind nicht bereit, ihren Kaffee und Kakao aufzugeben, denn er ist ihre ökonomische Lebensgrundlage. Gleichzeitig sind sie mit Umwelt- und Klima-Veränderungen konfrontiert, sodass sie mehr Chemikalien einsetzen müssen. Dieses System lässt sich nicht einfach von heute auf morgen verändern – und schon gar nicht ohne Unterstützung. Denn die Bauern und Bäuerinnen brauchen Dünger und müssen ihre Pflanzen vor Schädlingen schützen.

**Ist das erforderliche Wissen für eine Umstellung noch verfügbar?**

Das Wissen ist bereits vor 40 oder 50 Jahren verloren gegangen, seit der Zeit der Unabhängigkeit. Es ist also wirklich ein ganzes System, das sich ändern muss, das eine andere Politik erfordert. Mit unserer kleinen Initiative wollen wir überhaupt eine Debatte über das Thema eröffnen. Es bedarf einer Sensibilisierung der Bevölkerung, auch in Form kollektiver Überlegungen mit Bauern und Bäuerinnen aus Europa. Für die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft müssen die Haushalte einen Teil ihres Feldes beiseite nehmen. In diesem Prozess, der 2 bis 3 Jahre dauert, ist praktische Unterstützung nötig, auch durch internationale Solidarität.

**Wie wird eure Initiative vor Ort angenommen?**

Aus der persönlichen Initiative ist eine kollektive Dynamik geworden. Die Dorfbewohner:innen sind sehr interessiert, sie kommen zu uns und beteiligen sich an den Diskussionen. Das hat uns dazu gebracht, eine erste öffentliche Versammlung zum Problem der Pestizide zu organisieren, die wir mit

über 60 Teilnehmenden durchgeführt haben. Unser Kollektiv ist auf 15 Mitglieder gewachsen und mittlerweile gibt es zwei weitere Felder, um mit ökologischen Anbaumethoden zu experimentieren.

**Ihr beteiligt euch an einer europaweiten Vernetzung. Was hat es damit auf sich?**

Ich war im August in Bure, im Osten Frankreichs bei einer Zusammenkunft bäuerlicher Aktivist:innen, nicht nur aus Europa, sondern auch aus Afrika, aus Südamerika und dem Nahen Osten. Dort habe ich von einem westafrikanischen Netzwerk von Bauern und Bäuerinnen für eine ökologische Landwirtschaft und gegen Pestizide erfahren und Kontakt aufgenommen. Das war wie ein Fenster in die Zukunft.

**Siehst du Chancen, dass sich die soziale Lage von kleinbäuerlichen Haushalten in Westafrika irgendwann verändern könnte?**

Einerseits gibt es eine große Mobilisierung der westafrikanischen Zivilgesellschaft und auch der Bauernschaft, die sich für den Erhalt der Ökosysteme einsetzt, die sich mit Umweltfragen beschäftigt. Der Ball ist ins Rollen gekommen und die Sensibilisierung muss weitergehen. Aber darüber hinaus braucht es eine Politik, die die Bauern und Bäuerinnen unterstützt, einen gewissen Übergang zu vollziehen – auch als Teil einer internationalen Agenda.

**Viele Menschen in Europa glauben, dass früher oder später zahlreiche Migrant:innen nach Europa kommen könnten – auch als Folge des Klimawandels. Wie siehst du das?**

Es gibt immer mehr junge Menschen, die "auf Abenteuer gehen", wie wir es hier nennen, aber das betrifft nicht so sehr die ländliche Jugend. Denn diese zieht es nicht nach Europa, sondern in die umliegenden Städte. Die Lesart einer massenhaften klimawandelbedingten Migration nach Europa teile ich also nicht.

**In unserem Netzwerk gibt es in verschiedenen Ländern bäuerliche Gruppen. Könnte sich da etwas verbinden?**

All diese Kämpfe verbindet die ökologische Frage, die Frage des Klimawandels und die Erhaltung von Ökosystemen, die Frage nach dem Zugang zu Land und der Rückkehr aufs Land. Ich sehe einen gemeinsamen Kampf für die Erhaltung des Lebens, in dem es nicht nur darum geht, politisch zu diskutieren oder das System anzuprangern. Es geht auch darum, Alternativen in der Praxis zu verwirklichen und so einen dritten Weg zu beschreiten. ◀

## »Nervenaufreibend«

### Kadidiatou Barry zu Kleinwüchsigen in Mali

Im Juni 2023 hat das zu Afrique-Europe-Interact gehörige Frauenkollektiv Musow Lafia rund 30 Frauen der Malischen Vereinigung der Kleinwüchsigen A.M.P.P.T. (Association Malienne des Personnes de Petite Taille) in der Herstellung von Erdnussmus und Fonio-Getreideprodukten ausgebildet. Vor diesem Hintergrund haben wir mit Kadidiatou Barry ein Gespräch zur Situation von Kleinwüchsigen in Mali bzw. in Afrika geführt. Sie ist Präsidentin sowohl der A.M.P.P.T. als auch des Zusammenschlusses der Kleinwüchsigen-Vereine in Afrika.

#### Kannst du zunächst erzählen, wie es zur Gründung eures Vereins gekommen ist?

Wir haben die A.M.P.P.T. im Oktober 2008 gegründet. Vorausgegangen war, dass ich am 8. März 2008 in Douala in Kamerun zur Miss Afrika kleinwüchsiger Frauen gewählt wurde, was mich enorm motiviert hat. Denn ich konnte mich noch gut an all die Diskriminierungen während meiner Schulzeit erinnern. Als ich wieder nach Hause kam, begann ich daher, Kleinwüchsige zusammenzubringen.

#### Hat sich seit deiner Schulzeit an der Ausgrenzung von Kleinwüchsigen etwas geändert?

Immer wenn ich nach der Schule nach Hause gegangen bin, gab es ein Rudel von Kindern, das mir bis vor die Haustür folgte und sich über mich lustig machte. Doch heute bewegen sich Kleinwüchsige viel freier, was ein großer Fortschritt ist. Sie sind unabhängiger, sie arbeiten in verschiedensten Bereichen, sie sind sogar Beamten oder leiten Unternehmen wie zum Beispiel mein Generalsekretär. Insgesamt haben wir ca. 1.500 Mitglieder im gesamten Land. Und doch gibt es noch viele, die ausgegrenzt werden und sich verstecken.

#### Wie kam es dazu, dass du dich nach einer so schwierigen Kindheit derart engagieren konntest?

Meine Familie hat mich sehr unterstützt. Nach der Grundschule hatte ich keine Komplexe mehr und habe schließlich zwei Uni-Abschlüsse gemacht. Vor allem meine Mutter hat mir gesagt, dass ich Mut und Kampfgeist bräuchte, damit die Gesellschaft mich akzeptiert. Und das ist es, was ich den anderen Kleinwüchsigen auch heute zeige: Es ist nicht die Größe, die eine Person ausmacht, sondern ihr Herz.

#### Wie bewertest Du die Zusammenarbeit mit Musow Lafia?

Es war toll, dass 30 unserer Frauen in der Nahrungsmittelproduktion ausgebildet wurden und mit klassischen Menschen zu-

sammenarbeiten konnten. Zum besseren Verständnis: In unserem Jargon nennt man »euch« nicht normale Menschen, sondern klassische Menschen, weil wir ja alle normal sind. Insofern war diese Woche ein wichtiger Ausdruck von Solidarität zwischen den Frauen – im Sinne davon, dass sich die Frauen die Hände reichten, damit sich unser Land besser entwickeln kann. Musow Lafia hat den kleinwüchsigen Frauen vor allem gezeigt, dass es keine Unterschiede zwischen klassischen Frauen und uns Kleinwüchsigen gibt. Um gut zusammenzuarbeiten, bedarf es insbesondere Offenheit und Freude.

#### Wie könnte eine nachhaltige Fortsetzung dieser Zusammenarbeit im Bereich der Lebensmittelverarbeitung aussehen?

Das ist alles eine Frage der Ressourcen und wir begrüßen es sehr, dass Afrique-Europe-Interact die Finanzierung der bisherigen Ausbildung übernommen hat. Aber wir wünschen uns auch, dass die Kapazitäten weiter ausgebaut werden, um die Ausbildung der kleinwüchsigen Frauen weiter zu fördern. Wie wäre es, wenn 20 Frauen bei Musow Lafia regelmäßig arbeiten könnten, um irgendwann ein eigenes Kollektiv zu eröffnen? Dabei müssten wir vor allem beim Transport finanziell unterstützt werden. Denn der öffentliche Verkehr in Bamako ist für Kleinwüchsige extrem kompliziert. Die Umgebung ist meist nicht angepasst, sodass sich Diskriminierung nicht immer vermeiden lässt, was wiederum das Leben sehr anstrengend und nervenaufreibend macht.

#### Das sind spannende Vorschläge – danke schön dafür! Und welche Aktivitäten plant ihr derzeit?

Wir stecken mitten in den Vorbereitungen für das Afrikanische Forum der Vereine der Kleinwüchsigen. Mali ist an der Spitze dieses afrikaweiten Zusammenschlusses – wir haben es in jüngerer Zeit geschafft, in vielen Ländern Veränderungen anzuschließen. So haben wir etliche Büros in Guinea, Senegal und in anderen Ländern aufgemacht, auch um uns an die jeweiligen nationalen und regionalen Behörden zu wenden. In Mali habe ich als Kleinwüchsige zusammen mit drei anderen einen Sitz im Nationalen Übergangsrat inne – also jenem Organ, das derzeit das Parlament ersetzt. Unsere Aufgabe ist es, alle Behinderten in Mali zu vertreten. Das ist eine Premiere in der Geschichte Malis, ja in ganz Afrika. Denn es verschafft Menschen mit Behinderungen viel mehr Aufmerksamkeit. Und auch andere Länder lassen sich davon inspirieren. ◀



Bamako (Mali): Ausbildung kleinwüchsiger Frauen durch das Frauenkollektiv Musow Lafia, 2023 [Foto: Aissata Soumaoro]

## »Für ein paar Mahlzeiten«

### Amina Samuel zu Migrant\*innen in der Sexarbeit in Libyen und Niger

Amina Samuel arbeitet im Team des Alarme Phone Sahara (APS) in Niger [Zum APS → Bild S. 4 und Text S. 1]. Sie ist von Nigeria nach Libyen migriert, entschied sich aber vor 5 Jahren, nach Agadez weiterzugehen, einer Wüstenstadt im Norden Nigers. Dort steht sie im ständigen Austausch mit Frauen<sup>1)</sup>, die als Sexarbeiterinnen tätig sind bzw. waren und die von Diskriminierung, Gewalt und Zwang an nahezu sämtlichen Orten auf den Migrationsrouten berichten. Die Verschärfungen innerhalb des europäischen Grenzregimes verschlimmern die Situation zusätzlich. Im Interview beschreibt Amina die Lage von Sexarbeiterinnen in Agadez, und sie erzählt, wie das APS die Widerstandskraft der Frauen stärken möchte.

#### Wie kamst Du nach Agadez und weshalb hast du dich dem APS-Team angeschlossen?

Meine Reise begann 2017, damals in der Hoffnung, Europa zu erreichen. Doch sie endete in Tripolis in Libyen. Ich wurde gefangen genommen, in einem Haus mit anderen Frauen festgehalten und gezwungen, meinen Körper zu verkaufen. Nach diesen schrecklichen Erfahrungen bin ich nach Agadez gegangen. Zwar wendete ich mich damit von Europa als meinem ursprünglichen Ziel ab, entschied mich aber für einen Ort, an dem ich sicher leben und meinen Lebensunterhalt bestreiten konnte. Ich habe selbst erlebt, dass die Gefahren für Frauen in der Migration vielfältig und brutal sind. Und diese Erfahrungen führten mich zu meinem Engagement beim APS, um Migrant\*innen zu unterstützen.

#### Welchen Gefahren begegnen die Frauen auf den Migrationsrouten?

In Libyen und an anderen Orten sind Migrant\*innen weitgehend schutzlos geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt. Meine Schwestern und ich wurden, als wir in Libyen ankamen, an einen Ort gebracht, der als Verbindungshaus bezeichnet wird. Dort werden Frauen gefangen gehalten und müssen ihre Körper verkaufen. Die Frauen, teilweise erst 15 Jahre alt, werden so lange in der unfreiwilligen Sexarbeit festgehalten, bis es heißt, dass sie das Geld für ihre Flucht nach Europa eingebracht hätten. Hierzu gehören auch Schikanen und Gewalt, Schläge und Essensverweigerung. Einige Frauen sind Jahre dort, andere einige Monate. Sie werden dazu genötigt, ohne Verhütung Sex zu haben. Im Falle einer Schwangerschaft werden sie gezwungen abzutreiben. Frauen werden wie Waren behandelt, verkauft und ausgebeutet. Es ist eine Gewaltspirale,

die sie immer stärker in einen alpträumerhaften Strudel reißt.

#### Was hat sich verändert, seitdem du in Agadez lebst?

Die Stadt, die einst als End- und Ausgangspunkt bei Reisen durch die Wüste galt, ist mittlerweile für viele Migrant\*innen zur Hölle geworden. Entsprechend ist auch die Anzahl der jungen Frauen in der Sexarbeit stark angestiegen. Es ist die pure Not, die viele Frauen auf die Straße treibt. Den eigenen Körper zu verkaufen, ist oft die einzige Möglichkeit, um zu überleben. 90 Prozent der Sexarbeiterinnen kommen aus Nigeria, die restlichen aus anderen Ländern Westafrikas. Die Polizei geht gegen den Menschenhandel vor, indem sie die Zuhälter\*innen inhaftiert. Dennoch geht der Handel mit Frauen als Sexarbeiterinnen weiter. Es gibt sogar Hetzjagden, bei denen die Bevölkerung versucht, die Frauen aus der Stadt zu vertreiben. Schon während der COVID-19-Pandemie haben Ausgangssperren und Grenzschließungen die allgemeine soziale Lage verschärft, und nun ist die Situation durch den Putsch im Juli 2023 noch schwieriger geworden [→ S. 2] – und der Frust darüber wird immer wieder an den Frauen ausgelassen.

#### Welche Erwartungen hatten die Frauen, als sie sich auf den Weg machten? Und welche Auswirkungen haben Anti-Migrations-Kampagnen auf ihre Entscheidungen?

In Europa zu arbeiten und Geld zu verdienen, ist der Wunsch vieler Frauen, die sich in die Migration begeben. Zwar sind Anti-Migrations-Kampagnen in Nigeria omnipräsent, aber die wirtschaftliche Not und die Suche nach einem Leben in Sicherheit überwiegen. Die Frauen sind bereit, sich den Gefahren der Reise auszusetzen, um ihr Ziel zu erreichen. Gleichzeitig ist wichtig, dass Frauen wie ich nicht vor den konkreten Gefahren gewarnt wurden. Niemand hat mir gesagt, dass ich wochenlang eingesperrt sein würde. Niemand hat mir von der Sexsklavenarbeit und der beschwerlichen Reise durch die Sahara erzählt.

#### Warum zögern Frauen, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren, trotz der schwierigen Lebenssituation in Agadez oder andernorts?

Die Rückkehr ist oft durch psychologische Traumata erschwert, sie ist auch mit Scham und Stigmatisierung verbunden und sie wird durch hohe Schulden behindert. Die Frauen, die sich hier prostituieren, sind nicht nur Überlebende von Menschenhan-

del und Gewalt, sondern leiden oft auch unter Suchtproblemen. Der Konsum von Drogen ist ein Weg für die Frauen, um die vergangenen und gegenwärtigen Gewalterfahrungen auszuhalten. Für mich war damals die Rückkehr nach Nigeria keine Option. Denn meine Schwestern waren noch in Libyen gefangen. Was hätte ich meiner Familie gesagt, wenn ich allein nach Hause gekommen wäre, obwohl wir zu viert aufgebrochen sind?

#### Gibt es Solidarität zwischen den Sexarbeiterinnen oder kämpft jede für sich allein?

Die Gefahren und die Gewalt, die die Frauen erleben, sind so groß, dass die Sorge um das eigene Überleben solidarischen Handelns enorm erschwert. Die gewaltvollen Strukturen bringen die Frauen stattdessen dazu, allein zu kämpfen. Doch alleine sind wir Menschen nicht fähig, derartige Gewalt auszuhalten. Ich denke daher, dass Zuhören und Vertrauen-Schenken die größte Solidarität ist. Als Mitglied des Alarme Phone Sahara setze ich mich für eine Veränderung dieser Dynamiken ein. Meine eigene Geschichte motiviert mich dazu, anderen Frauen zu helfen.

#### Kannst du das konkretisieren?

Im APS-Büro bieten wir eine Gemeinschaftsküche für Frauen an. Hier kommen wir mit ihnen ins Gespräch, beraten oder begleiten sie bei Bedarf. Im Falle von sexualisierten Übergriffen übernimmt das APS die Kosten für Schwangerschafts- oder HIV-Tests und für medizinische Behandlungen. In den Gesprächen mit den Frauen versuchen wir, die individuellen Bedürfnisse zu erkennen. Die Traumata, denen die Frauen ausgesetzt sind, und die Herausforderungen sind äußerst komplex. Daher ist es entscheidend für die Unterstützung, die jeweils spezielle Situation zu verstehen. Auch materielle Hilfe wie Bettdecken, Kleidung und Hygieneprodukte werden dringend benötigt. Mit Beginn eines APS-Frauen-Projekts im kommenden Jahr möchten wir die Frauen noch regelmäßiger unterstützen – sowohl materiell als auch emotional.

<sup>1)</sup> Im Interview wird nicht von »Frauen\*« (mit Sternchen), sondern von »Frauen« (ohne Sternchen) gesprochen, so sehr wir davon ausgehen, dass sich die patriarchale und sexualisierte Gewalt auf den Migrationsrouten auch gegen trans\*, inter\* und nicht-binäre Personen richtet. Da es darum jedoch im Gespräch nicht gegangen ist, haben wir uns für die Formulierung »Frauen« entschieden. ◀

Zum besserem Verständnis: In unserem Jargon nennt man »euch« nicht normale Menschen, sondern klassische Menschen, weil wir ja alle normal sind.



Die Wüstenstadt Agadez ist Hauptsitz des Alarme Phone Sahara [Foto: Afrique-Europe-Interact]



Marokko, Tunesien und Algerien schieben in die Wüste ab. In Niger transportiert deshalb das Alarm Phone Sahara [vgl. Seite 1 +3] mit zwei Moto-Taxis mobilitätseingeschränkte Abgeschobene von der algerisch-nigrischen Grenze nach Assamaka, 2022 [Foto: Mehdi Chebil]

## »Migrationspolitik ist gescheitert«

### Riadh Ben Ammar zu aktuellen Migrationsdebatten in Europa

Riadh Ben Ammar gehört zu den Gründungsmitgliedern von Afrique-Europe-Interact. Er pendelt zwischen Deutschland und Tunesien und spielt außerdem Theater (→ Kasten »Theater-Tipp«)

**Wie geht es dir nach den vergangenen Monaten, in denen die Diskussionen über eine erneute Verschärfung der europäischen Migrationspolitik wochenlang die öffentliche Debatte in Deutschland bestimmt haben?**

Seitdem ich in Deutschland lebe, geht es immer nur um Verschärfungen. Aber in der Folge kommen immer weiter Menschen hierher. Ich denke, die europäische Migrationspolitik ist gescheitert. Und auch die Deutschen müssen zugeben, dass dieses Land von der Migration wirtschaftlich profitiert. Das Land braucht diese Menschen. Die Debatte ist jedoch leider vor allem von vielen Ängsten geprägt.

**Eine viel diskutierte Maßnahme sind mehr Abschiebungen in die Herkunftsländer. Glaubst du, dass die Bundesregierung mit dieser Strategie Erfolg haben wird?**

Nein, sie werden diese Pläne nicht umsetzen können. Immer wieder scheitern Abschiebungen, weil Leute nicht aufzufinden sind. Eine drohende Abschiebung zwingt viele Migrant:innen in die Illegalität – sie tauchen unter und umgehen so die Abschiebung. Hier in Berlin beobachte ich wie die Zahl der Migrant:innen, die zunächst in der Illegalität und dann auch in der Kriminalität landen, kontinuierlich ansteigt. Das ist gefährlich, denn Illegalität erzeugt Aggressivität und Wut. Das kann soweit führen, dass Menschen zum Dschihadismus gehen. Der Fall Anis Amri aus dem Jahr 2016 [Attentäter Weihnachtsmarkt/ Gedächtniskirche - die Red.] ist da ein gutes Beispiel – auch er war von einer Abschiebung bedroht.

**Eine Voraussetzung für Abschiebungen sind Abkommen mit den Herkunftsländern. Was hältst du von den zuletzt verstärkten Bemühungen der Bundesregierung, ihre afrikanische Partner für solche Vereinbarungen zu gewinnen?**

Ich halte die Idee, durch Kooperationen mit afrikanischen Staaten mehr Abschiebungen zu ermöglichen, für sehr gewagt. Wenn wir uns die aktuellen Entwicklungen im Sahel anschauen, glaube ich nicht, dass Länder wie Mali und Niger zukünftig mit Deutschland bei Abschiebungen kooperieren werden. Da passiert gerade sehr viel und Europa ist selbst schuld, dass Afrika mit anderen Partnern leben will. Ein gutes

Beispiel für die neue Situation ist die jüngste Aufhebung des Anti-Migrationsgesetzes in Niger (→ S. 1).

**Seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober stehen viele Migrant:innen im Mittelpunkt einer mit vielen rassistischen Ressentiments aufgeladenen Diskussion über das Ausmaß von Antisemitismus in ihren Gemeinschaften. Wie erlebst du diese Debatte?**

Ich möchte zunächst betonen, dass die Europäer sich mit ihrem eigenen Antisemitismus beschäftigen müssen. Denn ich kann nicht verstehen, dass auf einmal wieder nur Migrant:innen die Antisemit:innen sein sollen. Gleichzeitig ist Antisemitismus ein Problem in manchen migrantischen Gemeinschaften. Das fängt mit der Bildung in unseren Ländern an. Dort gibt es einen Mangel an Informationen über die Geschichte der Judenverfolgung in Europa und die Konzentrationslager der Nazis. Ich wünsche mir, dass in Zukunft auch Schulen aus der arabischen und nordafrikanischen Welt hierher kommen und Konzentrationslager besuchen.

**Wie nimmst du die Diskussion rund um den Angriff auf Israel und den folgenden Krieg in Gaza dort wahr?**

Anstatt Lösungen für die aktuelle wirtschaftliche Krise zu suchen, versucht der tunesische Präsident Kais Saied den Konflikt zwischen Israel und Palästina als das Hauptproblem Tunesiens darzustellen und steht hinter der Hamas. Die meisten Menschen teilen seine Position. Das ist die Stärke dieses Populisten: In den Augen der Bevölkerung ist er sehr groß, obwohl viele in ihrem Alltag Probleme haben, Brot, Öl oder Zucker zu kaufen. Zusätzlich gibt es seit Jahren Probleme mit den Folgen des Klimawandels.

**Im Juli gab es Berichte, dass Tunesien Menschen in die Wüste abschiebt. Wie ist die aktuelle Situation der Migrant:innen aus Ländern südlich der Sahara in Tunesien?**

Seit den Äußerungen von Kais Saied im Februar dreht sich in der tunesischen Öffentlichkeit viel um die Lage der westafrikanischen Migrant:innen. Es gab große Razzien in Sfax und viele Migrant:innen wurden verhaftet. Und dann wurden die Leute einfach in der Wüste ausgesetzt. Überall wird gegen die Migrant:innen gekämpft. Wir erleben hier eine schwierige Zeit. Gleiches gilt für die Westafrikaner:innen

in Tunesien. Gleichzeitig macht es mich traurig, dass wir als Nordafrikaner:innen mit den Westafrikaner:innen keine gute Beziehung haben. Denn für viele Westafrikaner:innen ist es nicht einfach, in Nordafrika zu leben. Denn natürlich ist Rassismus auch ein großes Thema in Tunesien, auch wenn viele Leute das verneinen.

**Wie reagiert ihr mit eurer Gruppe Sans VISA in Tunis auf die aktuelle Situation?**

Gerade ist die Zahl der westafrikanischen Frauen, die mit ihren Kindern auf den Straßen leben, sehr hoch. Wir haben eine kleine Unterkunft in Tunis gemietet und diese nun einer fünfköpfigen Familie aus Togo zur Verfügung gestellt. Zusätzlich versuchen wir, sie monatlich finanziell zu unterstützen. Wir bekommen häufig neue Anfragen von anderen Frauen und überlegen gerade das Projekt ein wenig zu vergrößern. Leider ist jedoch die Unterstützung von Migrant:innen aus Westafrika in Tunesien sehr riskant, denn die Regierung versucht, diese Arbeit mit neuen Gesetzen zu kriminalisieren. Manche in unserer Gruppe haben daher Angst, mit den Familien in Kontakt zu treten.

**In deinen Theaterstücken sprichst du viel über das Recht auf Bewegungsfreiheit und offene Grenzen. Was versprichst du dir von einer Öffnung der Grenzen?**

Ich finde das insbesondere für die Herkunftsländer eine wichtige Frage. Denn Bewegungsfreiheit ist die Grundlage für Entwicklung. Bewegungsfreiheit hilft jungen Leuten, Pläne zu entwickeln und Lösungen zu finden für ökonomische und soziale Probleme. Weniger Menschen würden in Asylheimen landen und es könnten viele Ausgaben eingespart werden, weil die heute benötigte Infrastruktur nicht mehr gebraucht würde. Denn ein Auslöser für die Diskussion in Deutschland ist ja, dass die Kommunen kein Geld mehr haben, um die Unterbringung der Migrant:innen zu finanzieren. Die Reise nach Europa wäre nicht mehr so teuer, denn heutzutage muss viel Geld an die Schleuser bezahlt werden. Das macht es heute schwer, anschließend mit leeren Händen zurückzukehren. Die Leute, mit denen ich darüber rede, sagen immer als erstes, dass sie dann endlich die Familie besuchen würden. Tausende, die hier seit Jahren vergeblich eine bessere Zukunft suchen, würden zurückkehren. Mit geöffneten Grenzen sehe ich eine Welle von Menschen, die nach Afrika zurückkehrt, und keine, die von dort hierher kommt. ◀

### THEATER-TIPP

In seinem neuen Theaterstück „Bei den Linken“ blickt Riadh Ben Ammar zurück auf 20 Jahre politischen Aktivismus in Deutschland. Alles beginnt mit einem Flüchtlingslager in Mecklenburg-Vorpommern, in dem er erste Erfahrungen mit der linken Szene macht. Wer sind die und warum unterstützen die uns? Und was macht das mit uns? Das Stück erzählt eine Geschichte über gemeinsame politische Kämpfe, Empowerment und Missverständnisse. „Bei den Linken“ ist Teil des Projekts Theater für Bewegungsfreiheit, in dessen Rahmen Riadh bereits seit 2012 mit unterschiedlichen Stücken durch Europa tourt. Auch sein Stück „Die Falle“ zeigt er weiterhin: Eine Geschichte über die abgeschotteten EU-Außengrenzen und die Konsequenzen für Länder wie Tunesien.

Riadh präsentiert seine Theaterstücke nicht nur auf Theaterbühnen, sondern auch in Parks und Hinterhöfen, vor Schulklassen oder auf Festivals, Kundgebungen und Konferenzen.

**Er freut sich über Einladungen und Anfragen per Mail an: theaterfuerebewegungsfreiheit@gmail.com**

### ERDNUSSMUS

Musow Lafia ist ein Frauenkollektiv in Bamako (Mali), das zu Afrique-Europe-Interact gehört und das demnächst – im Rahmen von fairem Direkthandel – Erdnussmus in Deutschland verkaufen möchte [vgl. unsere Zeitung von 2022 – abrufbar auf unserer Webseite]. Auf europäischer Seite konnten wir im Sommer 2023 durch eine Veranstaltungstour mit Aissata Soumaoro, der Koordinatorin von Musow Lafia, Kontakte zu möglichen Vertriebspartner:innen knüpfen. Auf malischer Seite konnte Musow Lafia durch eine Fortbildung für kleinwüchsige Menschen [vgl. S. 3] eine größere Öffentlichkeit erreichen und so seine Verkaufszahlen steigern. Im Oktober 2023 reisten schließlich europäische Aktivist:innen unseres Netzwerks nach Bamako, um mit Musow Lafia den ersten offiziellen Export von Erdnussmus vorzubereiten, wobei die Lieferung für Anfang 2024 geplant ist.

**Wer Interesse hat, Gläser zu erhalten, melde sich bitte unter musowlafia@posteo.de.**

**Derzeit kalkulieren wir mit einem Preis von 5-6€ pro Glas à 330g (oder auch größeren Einheiten für Küfas und Foodcoops).**

### ÜBER DAS NETZWERK

Afrique-Europe-Interact (AEI) ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind Basisaktivist:innen unter anderem in Mali, DR Kongo, Togo, Niger, Guinea, Tunesien, Marokko, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Geflüchtete, Migrant:innen und Abgeschobene.

AEI kritisiert die repressive EU-Migrationspolitik, gleichzeitig sollen die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration und somit die Forderung nach gerechter bzw. selbstbestimmter Entwicklung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden. Grundsätzlich ist AEI gleichermaßen in Afrika und Europa aktiv. Wo es passt, arbeiten wir auch gerne in Bündnissen.

**www.afrique-europe-interact.net**

**twitter:** @ae\_interact

**Facebook:** Afrique Europe Interact

**Mail:** info@afrique-europe-interact.net

**Telefon:** +49 (0) 151 / 525 27 776

### BUCH-TIPP

Olaf Bernau ist aktiv bei Afrique-Europe-Interact. 2022 ist bei C.H.Beck sein Buch "Brennpunkt Westafrika. Die Fluchtursachen und was Europa tun sollte" (320 Seiten) erschienen. Das Buch ist eine Mischung aus wissenschaftlicher Analyse und journalistischer Reportage. Es greift viele Erfahrungen auf, die mit unserem Netzwerk zusammenhängen und hat zahlreiche positive Besprechungen erhalten.

**Kontakt für Lesungen etc.: www.olafbernaul.de**

### IMPRESSUM

**Redaktion:** Olaf Bernau, Dorette Führer, Moritz Galen, Leonie Jantzer, Hannah Kentouche, Lars Springfield

**Beilage:** taz, jungle world, Graswurzelrevolution, Der Freitag

**Bestellung:** Wir schicken auf Anfrage gern Exemplare dieser Zeitung zu.

**V.I.S.D.P.:** Volker Mörchen, Hardenbergstr. 52/54, 28201 Bremen

### SPENDEN & SOLIDARITÄT

Afrique-Europe-Interact ist für seine Arbeit auf regelmäßige Spenden angewiesen – ob als monatlicher Dauerauftrag oder einmalige Unterstützung! Dabei können Spenden konkreten Projekten zugedacht werden (ggf. bitte angeben) oder 'ungebunden' unsere gesamte Arbeit unterstützen. Praktischer sind für uns ungebundene Spenden, einfach deshalb, weil sie uns mehr Flexibilität geben, auf unerwartete Finanzbedarfe zu reagieren.

Derzeit sammeln wir für folgende Aktivitäten Spendengelder: **Erstens** für das Alarmphone Sahara (Niger, Mali und Togo) und andere Aktivitäten im Bereich Migration (u.a. in Tunesien); **zweitens** für unsere Aktivitäten im Bereich bäuerlicher Selbstorganisation in Mali und der DR Kongo; **drittens** für die Unterstützung des sozialen Zentrums von Afrique-Europe-Interact in Bamako; **viertens** für das Rasthaus für Frauen und ihre Kinder in Rabat (Marokko); **fünftens** für das ökologische Künstler:innendorf in Guinea; **sechstens** für Projekte im Bereich selbstbestimmter Entwicklung (u.a. ein Frauenprojekt zur Verarbeitung von Lebensmitteln in Bamako); **siebentens** für unsere Aktivitäten gegen die Langzeitdiktaturen in Togo und Kamerun; und **achtens** für unsere Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit in Europa. Ein Hinweis noch: Die meiste Arbeit bei Afrique-Europe-Interact erfolgt ehrenamtlich. Lediglich in Marokko, Mali und Niger bezahlen wir an 15 bis 20 Personen kleine Gehälter, Aufwandsentschädigungen oder Tagespauschalen.

**Spenden sind steuerlich absetzbar! (bitte Adresse mitteilen)**

**Unsere Kontoverbindung (alternativ: online per Lastschriftzug)**

**Name:** Globale Gerechtigkeit e.V.

**Bank:** GLS Gemeinschaftsbank

**IBAN:** DE67 4306 0967 2032 2373 00 BIC GENODEM1GLS

**Natürlich ist Rassismus ein großes Thema in Tunesien**